

Culture and Community in Jerusalem: Strategies to protect and promote Human Rights, 5–7 June 2000 in Jerusalem

Jerusalem als das Zentrum des palästinensischen Bewusstseins und Heimat für über 200 000 Palästinenser steht unter permanentem „Belagerungszustand“. Die Lage und der Schutz der Menschenrechte sind heute dringender als jemals zuvor. Mit diesen Worten eröffnete *Khader Shkirat*, Direktor der palästinensischen Menschenrechtsorganisation LAW, die Konferenz „Kultur und Gemeinschaft in Jerusalem. Strategien zum Schutz und zur Förderung von Menschenrechten“, die vom 5.–7. Juni in Jerusalem stattfand. Jerusalem, die Menschenrechte und die Gründung eines Staates standen im Mittelpunkt dieser Konferenz, an der über 600 Teilnehmer sich durch ein ehrgeiziges Programm arbeiten mussten. Es bestand aus mehreren Plenarsitzungen und Workshops über Jugend, Frauen und Beduinen. Die zahlreichen Beiträge machten schnell deutlich, dass die Zukunft Palästinas nicht so rosig aussieht.

Für *Hanan Ashrawi* verkörpert Jerusalem das Symbol für den gesamten Friedensprozess. An diesem Ort entscheide sich, ob Frieden überhaupt möglich sei. Sie verurteilte die andauernde Unterdrückung, die Ungerechtigkeiten und die Diskriminierungen, denen die Palästinenser ausgesetzt sind. Das Gespenst eines „neuen rassistischen Südafrika“ in Form von „Bantustans“ wurde an die Wand gemalt. „Wir wollen kein anderes Südafrika und kein neues rassistisches System in dieser Region“, so *Mustafa Barghouti*, Präsident of the Union of Palestinian Relief Committees. Glaubt man den kursierenden Landkarten, so ist dies eine mögliche Option. Israel betreibe eine systematische Zerstückelung des Landes und verweigere den Palästinensern Grenzen mit anderen Ländern. Alle Grundlagen des ursprünglichen Konfliktes würden geändert, so dass die Weltöffentlichkeit einen falschen Eindruck gewinne. Ob die internationale Staatengemeinschaft dies akzeptieren wird, fragte abschließend *Barghouti*.

Völkerrechtlich seien alle Maßnahmen der israelischen Besatzungsmacht null und nichtig, solange Yassir Arafat nicht einen endgültigen Vertrag unterschreibe. Sollte dies geschehen, würde auch die Generalversammlung dies anerkennen und damit sei der Konflikt erledigt, so Professor *Colm Campbell* von der Universität Ulster in Nordirland. Er sprach über die zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts in diesem Konflikt und die Weigerung Israels, die 4. Genfer Konvention in all ihren Bestandteilen anzuerkennen. Der Tatbestand der Verletzung des Völkerrecht könne dort nicht greifen, wo ein Staat durch starke Freunde gedeckt werde, wie dies im Falle Israel geschehe.

„Ein Staat wie Israel, der so oft das Völkerrecht gebrochen hat, sollte damit nicht so leicht davon kommen.“

Demzufolge hätten die palästinensischen Flüchtlinge Rechtsansprüche auf ihren verlorenen Landbesitz sowie das Wohneigentum, wie auch *Salim Tamari*, Direktor des Instituts of Jerusalem Studies, betonte. *Hassan Jabareen*, Generaldirektor und Gründer von Adalah, beschrieb das israelische Rechtssystem, das im Ausland „das Image eines äußerst legalen und progressiven Systems“ genieße. Die Wirklichkeit sähe jedoch anders aus. Die Unterdrückung, die Menschenrechtsverletzungen, die Diskrimi-



nierungen, die Häuserzerstörungen, Folter, Abriegelungen, Administrativhaft etc. geschähen „legal“. Israel habe für alles eine rechtliche Begründung parat, so Jabareen.

Politik im Nahen Osten kann nie ganz ohne die religiöse Dimension verstanden werden. Jerusalem als das Zentrum der drei monotheistischen Religionen darf nicht allein durch Israel kontrolliert werden. Nimmt man die Ausführungen des Rabbiners *Jeremy Milgrom* von „Clergy for peace“ ernst: „Zion kann nur durch Gerechtigkeit erlöst werden“, so ist der Alleinvertretungsanspruch Israels auch religiös nicht haltbar. Die Verbindung von Religion und Nationalismus, wie es die Nationalreligiöse Partei (Mafdal) propagiert, sei mit dem Judentum nicht zu vereinbaren. „Wir müssen wegkommen vom Nationalismus und den Islam und das Christentum als Partner behandeln“, so der Rabbiner. Solange Israel Moscheen in Bars, Restaurants, Fabriken oder Galerien umfunktioniere, solange könne man die Menschen nicht von einer Versöhnung überzeugen, betonte der Islamwissenschaftler *Mustafa Abu-Sway*. Auch für *Ghassan Al Khatib*, Direktor des Jerusalemer Medien und Kommunikationszentrums (JMCC), ist die religiöse Dimension wichtig, da sie von beiden Seiten genutzt werde, ihre jeweiligen restriktiven Positionen durchzusetzen. „Israel hat keine exklusive Position über Jerusalem, da es auch eine christliche und islamische Dimension hat.“ Auch *Salpy Eskidjian*, Vertreter des Weltkirchenrates, sprach Israel den Alleinvertretungsanspruch über Jerusalem ab. Der Status von Jerusalem sei gemäß dem Völkerrecht ein *corpus separatum*. Die Stadt müsse unter internationale Kontrolle gestellt werden. Jerusalem kann nicht die Hauptstadt einer Glaubensrichtung sein, sondern müsse geteilt werden, betonte *Manuel S. Hassasian*, Vizepräsident der Universität von Bethlehem. „Die Stadt hat nicht nur eine Geschichte und nicht nur eine Interpretation.“

Die Frage eines palästinensischen Staates und der Status Jerusalems beunruhigten zahlreiche Redner. *Azmi Bishara*, Knessetabgeordneter und israelischer Palästinenser, sprach sich gegen einen eigenen Staat aus, obwohl er proklamiert werden wird. „In der Logik des Friedensprozesses bin ich gegen einen eigenen Staat.“ Die „Dimension der Befreiung“ sei durch die „Bewegung zur Staatsgründung“ ersetzt worden. Nicht der Staat sei primär, sondern die Überzeugung der Weltöffentlichkeit von der „gerechten Sache“. Die PLO war die einzige Befreiungsbewegung, die in über 120 Staaten Botschaften hatte, so Bishara. Der augenblickliche Friedensprozess sei zutiefst „ungerecht“. Israel und die Vereinigten Staaten werden aber in den kommenden Monaten soviel Druck auf Arafat ausüben, dass dieser die ihm aufgezwungenen Konditionen akzeptieren werde. Die Rolle der Europäischen Union schätzt der Abgeordnete nicht sehr hoch ein: „Europa ist der Forschungsassistent Israels und der USA.“ Nach der Staatsgründung werde man mit Israel über all das verhandeln, worüber man bereits jetzt keinerlei Einigung erzielen konnte. Welcher Unterschied besteht zwischen der Staatsgründung von 1988 und heute, fragte Bishara. Sie sei heute nicht mehr moralischer Art, sondern konkret. Die Palästinenser könnten nicht als Staat handeln, da ihnen – außer in der Frage der Sicherheit – alle Elemente eines Staates fehlten. Auch für *Ghassan Al Khatib* ist es nicht so wichtig, ob ein Staat gegründet wird oder nicht. Ein Staat hätte für die Menschen aber den Vorteil, dass sie endlich Bürger eines Staates würden. „Die Natur des Konfliktes wird transformiert in eine nationale Aufgabe“, so Khatib. Für die Menschen sei ein Staat nicht so wichtig; sie wollten eher wissen, was mit Jerusalem, den Siedlungen und den Flüchtlingen geschehe. Auch sei es Israel nicht gelungen, einen Keil zwischen die Bewohner der Westbank und Ost-Jerusalems zu treiben. Der Friedensprozess könne nicht zu einem vertraglich geregelten Erfolg führen, solange es zu keiner Lösung über Jerusalem komme, so Al Khatib.



Im israelisch-palästinensischen Konflikt spielt das Thema Menschenrechte immer eine zentrale Rolle, da Israel diese seit über 33 Jahren seiner Besatzungsherrschaft verletzt. So überraschte folgendes Fazit von Lea Tsemel, einer israelischen Menschenrechtsanwältin: „Das letzte Jahr war ein gutes Jahr für die Menschenrechte in Israel“. Die Erfolge im Kampf um Menschenrechte dürften aber die andauernden Verletzungen von Seiten Israels und der palästinensischen Behörden nicht vergessen machen. Der Erfolg sei nur durch eine enge Kooperation zwischen den Menschenrechtsorganisationen möglich geworden, so Tsemel. „Als wir als Einzelne agierten unterlagen wir in jedem Fall gegen die Sicherheitskräfte; dank einer exzellenten Zusammenarbeit zwischen einzelnen Anwälten und diversen Organisationen waren wir siegreich.“ Als einen besonderen Erfolg bezeichnete sie die Entscheidung des Obersten Gerichts gegen die Folterungen des israelischen Geheimdienstes. Jeder Israeli wusste von diesen Maßnahmen, aber es wurde öffentlich negiert. Nach dieser Entscheidung wurde von rechtsgerichteten Politikern des Likud-Blocks, aber auch einigen Abgeordneten der Arbeitspartei ein Gesetzentwurf eingebracht, der Folter endgültig legalisieren sollte. Aufgrund innerisraelischen und internationalen Protestes wurde dieser Entwurf zwei Jahre auf Eis gelegt, so Tsemel.

Die Diskriminierungen, denen die Beduinen in Israel ausgesetzt sind, zeigte *Oren Yiftachel* von der Ben-Gurion Universität in Beer Sheva auf. Obwohl sie zum palästinensischen Volk gehören, sind sie von den Enteignungen am meisten betroffen. „Die israelische Regierung sage, sie stellten eine große Gefahr dar“, so Yiftachel. Seit 1948 werden sie immer wieder von ihren angestammten Plätzen vertrieben. Als Mittel zu ihrer Vertreibung dient das Landrecht. Land werde immer nur von der arabischen Seite zur jüdischen transferiert. Zur Zeit befindet sich 94 % des Landes in Israel und über 50 % in der Westbank in staatlicher, sprich israelischer Hand. Vor Gericht konnten die Beduinen nie ihre Ansprüche durchsetzen. „Wenn die Beduinen in die ihnen angebotenen Städte ziehen, verlieren sie ihren Anspruch auf das Land. Diesen hat ihnen Israel aber immer abgesprochen. Dies ist paradox“, so Yiftachel.

Mit welchen Herausforderungen es die palästinensische Führung zu tun hat, zeigte der holländische Karteograph und Planer *Jan de Jong*. Anhand von detaillierten Karten und dem Dorf Anata in der Nähe Jerusalems erläuterte er, was den Palästinensern von israelischer Seite bevorsteht, wenn sie weiter ihre politische Agenda gegen die Menschen vor Ort durchsetzen. De Jong plädierte für ein koordiniertes Vorgehen von unten nach oben. Das Szenario, das er entwarf, war mehr als düster. „Israel wird das Zentrum des arabischen Jerusalem zerstören.“ Ob die palästinensische Führung an diesen Einwänden interessiert ist, darf bezweifelt werden, da sie offiziell nicht vertreten war. Auf der Grundlage der zu erwartenden Verträge wird sich der Konflikt endlos fortsetzen.

*Ludwig Watzal*